

Jour fixe vom 01.06.2026

A. Nachträge zum Artikel: Die umstrittene Staatsräson der BRD

B. Venezuela und so weiter – Das auserwählte amerikanische Volk holt sich seine Hemisphäre zurück (beides GS 1-26)

5 **A.** — *Zwei Anmerkungen zur letzten Sitzung. 1. Zu der Frage, ob die AfD eine demokratische Oppositionspartei und damit eine Partei wie alle anderen ist oder doch anders, weil sie auswählt, welche Maßnahmen der Regierung sie kritisiert und welchen sie ihr Plazet gibt (im Protokoll 12pt auf S.4 um Z.200ff.); ob man dabei nicht berücksichtigen*
10 *müsse, dass die AfD beim Ukraine-Krieg z.B. total dagegen ist. Diese Frage verpasst den Bezugspunkt der AfD, die Politik von Merz. Die AfD bezieht sich mit ihrer Kritik auf die von Merz versprochene und in Angriff genommene Wende, um Deutschland zu einer Großmacht zu machen. Dafür wirft die AfD Merz vor, zu wenig tun, ein „Tu-nix-Kanzler“ zu sein. Sie nimmt die Selbstbezeichnung der Regierung, bisher sei zu wenig für Deutschlands Größe getan worden, auf, misst die Regierung daran, also an deren eigenem Maßstab, und*
15 *konstatiert ein Scheitern.*

2. Die andere Frage zu Höcke in der Diskussion (im Protokoll 12pt auf S.5 um Z.247ff.) wundert sich darüber – ausgehend von der Sicherheit, dass er als Rechter auf jeden Fall Militarist sein müsste –, dass er gegen das Regierungsvorhaben Wehrpflicht ist. Dieses Erstaunen ist eigenartig. Er selber macht ja deutlich, wie seine Opposition gegen die
20 *Wehrpflicht zu verstehen ist: Nach seinem Verständnis ist die Republik komplett verkommen, agiert die Regierung gegen jedes nationale Interesse, am deutlichsten zu sehen am Ukraine-Krieg, da die Ukraine es nicht wert ist, von Deutschland verteidigt zu werden. Höcke sieht an keiner Stelle die von der Merz-Regierung versprochene Wende: Er sieht eine moralisch verkommene BRD, die drei Geschlechter kennt und sich mehr an Brüssel als an Berlin orientiert. In den Augen Höckes steht es diesem Deutschland nicht zu, seine Jugendlichen zu verpflichten. Seine Haltung ist radikaler; er misst die Regierung nicht daran, ob sie ihre Ziele erreicht, wie Weidel et al. Das steht aber andererseits auch nicht im Widerspruch zu Weidel et al., sondern ergänzt sie um diese radikale Variante. Insofern sind das zwei*
25 *Facetten derselben Kritik.*

30 *Von der Regierungsseite her: Die Regierung Merz bezieht lauter Positionen, die dem Inhalt nach durchaus den Forderungen der AfD entsprechen, wie die Migrationsfrage, aber auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Verglichen mit der Vorgängerregierung ist das eine Annäherung an die Positionen der AfD. Das ist die Vorlage für die AfD, die Regierungspolitik unter Merz an deren Versprechen zu messen und ständig einzuklagen,*
35 *dass sie die nicht erfüllt.*

— Höcke ist doch gegen die Einführung der Wehrpflicht als Maßnahme für einen Krieg, den die AfD für absolut falsch hält, weil Russland immer ein nützlicher Partner war und weiter sein könnte. Nur: Welches Land macht denn die AfD als Feind aus? Oder wie passt es zusammen, dass sie als rechtsnationale Opposition für eine militärisch starke BRD ist,
40 *ohne einen Feind zu kennen oder zu benennen?*

Auch andere Freunde der Aufrüstung vertreten das Urteil, dass eine ordentliche Macht in der Welt ein anständiges Militär braucht. Dass die eigene Nation militärisch anderen überlegen sein muss, ist doch nicht an die Benennung eines Feindes gebunden.

45 *— Diese rechte Partei verlangt grundsätzlich von ihrer Nation, in der Lage sein zu müssen, sich zu behaupten, wehrhaft zu sein. Zugespißt ausgedrückt: Die eigene Nation, die eigene Heimat steht von vorneherein polemisch gegen den Rest der Welt, getrennt von einer besonderen Feind- oder Freundschaft.*

50 *— Das ist auch nicht nur der Standpunkt der Rechten, sondern jede Macht und eine Großmacht schon gleich muss ganz prinzipiell in der Lage sein, ihre Interessen geltend zu machen. Dafür braucht es grundsätzlich ein Militär. Diesen an sich geteilten Zweck unterstützt die AfD – aber nicht angesichts einer so verkehrten Politik der Merz-Regierung.*

— Noch zur Schnittmenge zwischen der AfD und den C-Parteien: Ausländer raus, Sozialstaat verkleinern, Energiewahnsinn stoppen usw., in diesen Punkten gibt es die Schnittmenge und darin ist die AfD typisch demokratisch konstruktiv. Gleichzeitig wirft sie den C-Parteien vor, das alles überhaupt nicht ernst zu meinen, was man daran sieht, dass sie mit der SPD regiert, die quasi auf dem Bremspedal steht, statt auf leicht zu erreichende Mehrheiten mit der AfD zu setzen. Darin sieht die AfD den Volksverrat der C'ler und so ist sie dann populistisch, also demokratisch untypisch. So geht die Dialektik des einerseits klassisch Demokratischen und andererseits demokratisch untypischen Rechtspopulismus zusammen.

Aus dem Vorwurf der AfD an die Merz-Regierung, dass sie durch ihre Zusammenarbeit mit der SPD hinter den von der AfD geteilten Programmpunkten zurückbliebe, lässt die AfD konsequent das Angebot folgen: mit ihr als Koalitionspartner könnte die Regierung die Dinge ganz anders in Angriff nehmen und durchsetzen; dann müsste Merz sich nicht mehr von der SPD behindern lassen. Wenn nicht darin, worin liegt dann der Grund, dass beide Seiten, sowohl die AfD als auch die Merz-Regierung auf einem ganz grundsätzlichen Gegensatz zueinander beharren, der für die CDU auf jeden Fall die Aufrechterhaltung der Brandmauer nötig macht? Das liegt daran, dass sich die Kritik der AfD gar nicht in dem „Tu-nix-Kanzler“ Vorwurf erübrigt, sondern, dass die AfD einen ganz grundsätzlichen Einwand gegen die Merz-Regierung in entscheidenden Fragen der Außenpolitik hat, ganz prominent derzeit dagegen, wie Deutschland zum Ukraine-Krieg steht. Merz steht auf dem Standpunkt, dass dieser Krieg unbedingt notwendig ist. Daran hängt für ihn, dass Deutschland sich gegen Russland und in Europa als die bestimmende Macht durchsetzen kann. Vom Standpunkt der AfD ist das ein gerade für die deutsche Nation völlig unnützer Krieg, den zu unterstützen also ein einziger Volksverrat.

„Populistisch“ versus „demokratisch“ ist hier keine gute Kennzeichnung und man kommt auch nicht weiter, wenn man die großen Schnittmengen, die es zwischen beiden gibt, gegen den entscheidenden Dissens zwischen beiden hält. Es geht schon inhaltlich darum, welche Politik in Sachen Migration usw. die einen oder anderen befürworten. Die Suche nach oder die Zurückweisung von Schnittmengen ist eher Thema in Debatten der C-Parteien selber. Festzuhalten ist, dass beide in Migrationsfragen den selben Standpunkt vertreten, während es in Bezug auf den Ukraine-Krieg (und die EU überhaupt) eine Differenz gibt, die tatsächlich die Staatsräson der BRD betrifft. In beiden Fällen führt die Kennzeichnung „Populismus“ nicht weiter.

B. Venezuela und so weiter – Das auserwählte amerikanische Volk holt sich seine Hemisphäre zurück (GS 1-26)

Es geht darum, was Trump in Südamerika insbesondere in Bezug auf Venezuela auf die Tagesordnung gesetzt hat, wie er dort vorgeht und wie er darüber hinaus auf Ordnung in seiner weit gefassten Hemisphäre pocht. Auffällig ist, mit welcher Selbstverständlichkeit da eine ganze Weltregion als eine den USA gehörende Hemisphäre in Anspruch genommen wird. Wo kommt dieser Standpunkt her?

— Im Artikel heißt es, dass Trump einerseits ein großer Fan der alten Monroe-Doktrin ist, wenn er sich diese Hemisphäre zuordnen will. Zugleich soll diese Doktrin unter seiner Führung überholt werden. Sein Standpunkt muss also der sein, dass die alte Monroe-Doktrin einen zu defensiven Charakter hatte. Es ging Monroe um die Verteidigung dieser Hemisphäre insbesondere gegen die alten europäischen Kolonialmächte, die sollten da nichts mehr verloren haben. Das aber reicht Trump nicht, denn Amerika hat von sich aus ein Recht auf Dominanz und kann und muss sich diese Hemisphäre zuordnen.

Es ging in der Monroe-Doktrin aber nicht einfach um die Ausmischung der alten Kolonialmächte. Den Unterschied so zu fassen, wäre eine Verharmlosung. Die andere Seite war ja die Dominanz der USA in dieser Hemisphäre. In dem Sinne knüpft Trump positiv an die Doktrin an, die in Vergessenheit geraten sei und wieder in Kraft gesetzt werden müsse,

denn in ihr geht es um den Anspruch der USA auf das Funktionieren dieser Weltregion für
105 amerikanische Interessen. Die ganze Region muss dafür da sein, den Erfolg der
amerikanischen Nation zu befördern. Dieser Anspruch wurde in den letzten Jahrzehnten
immer wieder gewaltsam unter Beweis gestellt, mit US-Eingriffen in Wahlen, mit US-
finanzierten Regierungswechseln, mit ökonomischen Erpressungen überall in
Lateinamerika.

110 — *Trump sieht die Monroe-Doktrin nicht als ein Vorbild, nach dem er sich richten müsste,
sondern findet seine Gedanken und Forderungen in dieser Doktrin wieder. Sie ist für ihn
Berufungsinstanz, Amerika zu alter Größe zu führen, was die Vorgängerregierungen
sträflich vernachlässigt hätten.*

115 — *Wenn er über die Monroe-Doktrin sagt, sie sei um Längen überholt, so zeigt das seinen
Anspruch. Er ist noch radikaler und grundsätzlicher, nicht in dem Sinn, dass sich Amerika
im Konkurrenzkampf unter Imperialisten gegen die andern durchsetzen müsste, sondern es
ist von vorneherein das überkommene Recht der USA, in dieser Sphäre ihre Dominanz zu
behaupten.*

120 — *Anfangen von Monroe bis zur Politik aller Folgeregierungen ist seitens Amerika immer
der Standpunkt vertreten worden: das ist unsere Hemisphäre. Dieser imperialistische
Standpunkt, das besondere Interesse an den Staaten in dieser Region wird von den USA
einfach damit begründet, dass sie in der nahen Nachbarschaft und die USA zweifellos die
haushoch überlegene Macht sind. Das begründet für Amerika die besondere Zuständigkeit,
den besonderen Anspruch auf diese Staaten, was gleichzeitig bedeutet: alle anderen Staaten
125 müssen dort von Einflussnahme fern gehalten werden. Nach der Seite hin entspricht Trumps
Bezeichnung, da sei etwas von den Vorgängerregierungen vergessen worden, sicher nicht
der Wahrheit.*

130 — *Das schon, aber unter den Vorgängern Trumps, Republikanern und Demokraten, die
weltweit ständig imperialistisch eingegriffen haben, konnten sich ein Maduro-Regime oder
ein anti-amerikanisches Kuba jahrzehntelang direkt vor der Nase Amerikas halten. Das
zeigt Trump, wie sehr sich die früheren US-Imperialisten an dem Geist und der Pflicht der
Monroe-Doktrin vergangen haben und wie nötig es ist, dass er diesem Geist wieder richtig
Geltung verschafft, was er dann praktisch auch angeht mit diesen Spezialoperationen,
Entführungen, Erpressungen, Verstärkung der Kuba-Blockade usw.*

135 — *Er diagnostiziert, die Vorgängerregierungen hätten in Amerikas Hinterhof den Geist
Monroes nur unvollständig verwirklicht. Der Anspruch Amerikas auf seinen Hinterhof ist für
ihn nicht einfach nur ein politisches Programm, sondern eine Mission. Einerseits ist das
eine Ideologie, eine legitimatorische Methode – so zu tun, als müsste er dem verratenen
Geist Monroes wieder Geltung verschaffen. Auf der anderen Seite ist es aber die
140 Rechtfertigung einer Sache, die für ihn politisch feststeht: das Recht Amerikas sich diese
Hemisphäre anzueignen und zuzuordnen. Für die Entschlossenheit, dieses politische Ziel
durchzusetzen, steht die Monroe-Doktrin bei ihm.*

145 — *Diese Rückbesinnung ist das Urteil, seine Vorgänger haben ihm ein Lateinamerika
hinterlassen, das nicht im Sinne der Monroe-Doktrin dominiert wird. Also ist es eine
Rückbesinnung bezüglich des imperialistischen Anspruchs Trumps und darüber, welche
Gewaltakten fällig sind, um den zu erfüllen. Dazu sehr passend ist seine Rückbesinnung auf
den Geist der „manifest destiny“ (S. 53 o.).*

*

150 — *Was ist der Inhalt der beiden Stichworte von diesem von ihm beschworenen Geist und der
unbedingt zu erfüllenden Mission aus der Monroe-Doktrin?*

— *Wenn Trump von der Wiederbelebung der Monroe-Doktrin spricht, die er in Donroe-
Doktrin umbenennt, ist das der Berufungstitel für die imperialistische Zuständigkeit und den
politischen Willen, Lateinamerikas bedingungslose Unterwerfung unter die USA zu
erzwingen.*

155 Das ist der imperialistischen *Zweck* und die *Tour*, das als *Mission*, als unumstößliche Aufgabe, die keinen Aufschub duldet, zu proklamieren. Dazu besinnt er sich auf ein nationales Selbst- und Sendungsbewusstsein längst vergangener Zeiten zurück, welchen Geist beschwört er da?

— *Dieser Geist der „manifest destiny“ behauptet, dass der nordamerikanische*
160 *Menschenschlag quasi als Rasse allen anderen überlegen ist, darin dass er zivilisiert und auf Erfolg und Gewinn gebucht ist. Dieses Überlegenheitsdenken ist nach Trump bei allen früheren Präsidenten verloren gegangen und muss wiederhergestellt werden: dieser auf Sieg gepolte Geist, der sich damals berufen sah, ganz Amerika zu erobern, muss die heutigen Amerikaner wieder beseelen, damit sie sich berufen sehen, sich wieder die südliche*
165 *Hemisphäre zuzuordnen und neu zu sortieren. Das ist dann die neue Ordnung, die angestrebt ist aus der Überlegenheit des amerikanischen Volkes heraus. Insofern fängt er auch konsequent mit der Wiederherstellung dieses Geistes im Innern der USA selbst an.*

Trump nimmt auf Monroe Bezug hinsichtlich der Dominanz über die Region. Er beklagt, dass Amerika nicht die entsprechende dominante Stellung gegenüber den dortigen Staaten,
170 Ländern und Völkern ausübt. In seiner Vorstellung ist Amerika längst eine Nation, die über allen anderen steht und die genau deswegen zu Recht den Anspruch hat, dass andere Nationen, insbesondere die in der eigenen Hemisphäre, ihr unterstehen; dass sie darin ihre Bestimmung haben, sich dienstbar und nützlich für die Interessen der amerikanischen Nation zu machen. Irgendwie gleichberechtigte Nachbarstaaten, mit eigenem Volk, einer
175 eigenen Regierung und eigenen inneren Angelegenheiten, das ist von diesem Standpunkt aus von vornherein vom Tisch. Amerika *ist* die über den anderen stehende dominierende Nation, die ihren Anspruch auf Verfügbarkeit der anderen geltend macht. Um das durchzusetzen, hat sich diese Nation und ihr Volk auch nach Innen diesen Standpunkt wieder bewusst und zu eigen zu machen.

180 Der moderne Ami hat sich im Geiste früherer Eroberer zu allen imperialistischen Taten Amerikas – der Eroberung des Westens, der Ausrottung der Indianer usw. – grundsätzlich positiv zu stellen. An den Methoden der Durchsetzung amerikanischer Größe darf nichts auszusetzen sein, denn so betätigt das amerikanische Volk seine Größe, darauf soll sich das Volk besinnen und so muss man heute auch wieder in der Welt auftreten. „Der Geist eines
185 zum Erobern und Zivilisieren göttlich auserwählten Volkes ... muss wieder zum Leben erweckt werden.“ (S. 53 o.) Das beschworene Vorrecht des amerikanischen Volkes ist nicht einfach nur ein zur politischen Mission der Monroe-Doktrin hinzu getretenes Selbstverständnis, sondern es wird zur Leitlinie der Politik.

— *Was da wie eine bloße Ideologie erscheint, ist auch nicht bloß eine alberne*
190 *Selbstüberschätzung, sondern mit dieser Legitimation wird der Anspruch auf Überlegenheit Amerikas gegenüber anderen Völkern und Ethnien als Recht behauptet, das durchgesetzt werden muss, durchaus mit Gewalt.*

— *So nach Innen die Deportationen von Migranten mit Unterstützung der ICE-Truppe: Illegale Migranten sind laut Trump von Haus aus Terroristen, Drogendealer, Verbrecher*
195 *eben, die in ihren shithole-countries bleiben sollen oder dahin zurückbefördert werden müssen. Zur Dominanz Amerikas gehört, dass sich seine Einwohner als auserwähltes Volk verstehen, das auf keinen Fall vermischt werden darf mit irgendwelchen Völkern aus der südlichen Hemisphäre, die meinen, sie könnten illegal nach Nordamerika emigrieren.*

*

200 Im Punkt II (S. 54) geht es darum, was Trump vom Anfang seiner Amtszeit an gegenüber den Staaten seiner Hemisphäre unternimmt, um dieses Programm durchzusetzen. Welche Rolle spielen bei der neuen rigorosen *Abschiebepolitik* der USA die Herkunftsländer selber, wie wird denen gegenüber Dominanz geltend gemacht?

— *Die müssen ihre Bürger zurücknehmen oder auch Leute aus anderen Nationen*
205 *irgendwo bei sich (zwischen)parken. Dazu werden sie erpresst oder machen „freiwillig“ auf Druck mit.*

Sie werden also richtiggehend als Erfüllungsgehilfen für diese groß angelegte Abschiebungspolitik der USA in die Pflicht genommen. Alle, die Amerika für kriminell und gefährlich hält und deswegen loswerden will, sollen andere Länder unabhängig davon, ob sie überhaupt daher kommen, bei sich aufnehmen. Dafür sollen sie die USA bei den Abschiebungen unterstützen.

Das ist eine Klarstellung über das Verhältnis der USA zu diesen Ländern, eine imperialistische Hierarchie, in der die Länder mit ihren Hilfsdiensten ihr Unterordnungsverhältnis zu den USA exekutieren. In der Sache ist das die programmatische Missachtung ihrer Souveränität. Sowohl mit zivilen Erpressungsmitteln, Androhungen von Zöllen und ähnlichem wie auch mit militärischen Drohungen stellt Trump demonstrativ klar: Amerika lässt sich bei Abschiebungen nicht beschränken durch Rücksichtnahmen auf die Herkunftsländer. Z.B. meinten die Kolumbianer anfangs, die Rückführung ihrer Staatsbürger müsse zumindest mit einem Mindestmaß an Respekt vor sich gehen, nicht als Verbrecher gefesselt in Militärmaschinen. Trump stellte dagegen klar: Respekt vor fremder Souveränität gibt es nicht; Kolumbien musste akzeptieren, dass die Behandlung seiner Bürger durch die USA allein im Ermessen der USA liegt. Denn das Prinzip dieses Ermessens ist ja, dass Amerikaner das Herrenvolks sind und Lateinamerikaner minderwertig.

Der Fortschritt am Vorwurf des „*Narco-Terrorismus*“ besteht darin, Drogendealer und -kartelle aus Lateinamerika nicht mehr nur als Kriminelle zu identifizieren, sondern diese unter das Verdikt zu subsumieren, es handele sich dabei um *Terroristen*, also amerikafeindliche Organisationen, die es radikal zu bekämpfen gilt. Mit dieser Konstruktion bezieht Amerika deren Aktivitäten in der Region auf *sich als angegriffenen Staat*, der das Recht hat, diese, egal in welchem Land sie tätig sind, mit allen Mitteln zu erledigen, also auch in diese Staaten zu intervenieren. So praktiziert Amerika an dieser Stelle seine Dominanz über seine Nachbarländer, die sich das gefallen lassen müssen oder/und sich kooperativ daran zu beteiligen haben.

In diesem Sinne ist auch Trumps *Panama-Kanal-Intervention* zu verstehen: Trump stellt fest, dass dieser Kanal eigentlich Amerika gehört und seiner exklusiven Zuständigkeit zu überantworten ist. Um eine militärische Intervention zu verhindern, erklärt Panama sich bereit, die Verfügung über den Kanal so auszuüben, dass US-Interessen zufriedengestellt sind: Passagegebühren für amerikanische Schiffe werden stark gesenkt oder ganz aufgehoben, US-Militär wird eine Stationierung am Kanal erlaubt und chinesische Kanalbetreiberfirmen werden ohne Entschädigung enteignet. Zunächst reicht das Trump. Die Souveränität Panamas verdient überhaupt nur insofern und solange Respekt, wie sie sich aktiv in den *Dienst* der amerikanischen Kontrolle über und der Sicherstellung seines Nutzens aus dem Kanal stellt: In diesem Sinn ist sie eine *lizensierte Souveränität* von Amerikas Gnaden, die unter beständigem amerikanischen Vorbehalt steht.

— *Wieso ist ausgerechnet das dänische Unternehmen Maersk bei der Übernahme des Hafens zum Zuge gekommen, wo doch das Verhältnis USA/Dänemark wegen Grönland auch nicht zum Besten steht?*

Es handelt sich bei der Firma Maersk um einen weltweit tätigen renommierten Logistikkonzern im Bereich der Hafenwirtschaft. Diese Wahl hat die panamaische Regierung als Übergangslösung getätigt; das war ihr Versuch, *beim Vollzug* des von den Amis verlangten Rausschmisses der chinesischen Firmen nationale Interessen irgendwie noch zu wahren. Seitens Trump stand ja die Drohung einer Übernahme des Panama-Kanals in US-eigener Regie im Raum.

Das Beispiel *Bolsonaro* steht dafür, dass der amerikanische Dominanzanspruch gegenüber Südamerika auch vor nationalstaatlicher Gerichtsbarkeit nicht Halt macht: Das Urteil eines brasilianischen Gerichts gegen Trumps MAGA-Buddy Bolsonaro führt zu US-Drohungen mit militärischen Einsätzen und ökonomischen Zoll-Erpressungen, um entsprechende Korrekturen zu erwirken.

260 Dasselbe gilt für die verschiedenen Touren, mit denen die trumpsche Regierung *Einfluss auf Wahlen* in der Region ausübt, um dafür zu sorgen, dass die Völker dort die Richtigen ermächtigen: MAGA-Freund Milei erhält als Wahlunterstützung eine Art außerordentlichen Kredit zur Stützung seiner Währung. Umgekehrt sieht es bei bevorstehenden Wahlsiegen von nicht genehmen Parteien aus. Auf diese Länder wird mit der Androhung massiver ökonomischer Schädigung eingewirkt.

265 — *Diese Formen der Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten zeigen, wie wenig Respekt die US-Regierung in ihrem Hinterhof für die dortigen Souveräne hat. Sie betrachtet deren innere Angelegenheiten als US-Angelegenheit, über deren Rechtsprechung und Wahlergebnisse sie bestimmt.*

270 Amerika verlangt von ihnen, dass sie sich nicht an ihren *nationalen* Interessen, ihren Mehrheiten und *nationalem* Recht orientieren, sondern für US-Interessen tätig werden. Deutlich wird das gerade an den Wahlen: Dortige Regierungen sind nicht ihren Völkern verpflichtet, sondern umgekehrt hat ihr Volk so zu wählen, wie es den USA passt.

— *Ist das nicht etwas übertrieben formuliert? Trump hat doch nichts gegen „volksfreundliche Regierungen“. Bloß echt volksfreundlich sind sie eben nur dann, wenn sie sich gegenüber den amerikanischen Interessen dienstbar erweisen.*

275 Was dieser Wille zu wollen hat, unterliegt Trumps Definition. An den entsprechend stattgefundenen Drohungen wird klargestellt: Wenn das dortige Volk die Falschen, also unamerikanisch wählt, erfolgt die Abstrafung dieses Volkswillens.

280 — *Was Trump von volksfreundlichen Regierungen hält und wie wenig der dortige Volkswille zählt, ist gegenwärtig am US-Umgang mit Kuba, Nicaragua und Venezuela zu studieren: Die Eliminierung dieser Staaten als Störfaktoren in der Region ist in Arbeit.*

*

Welche Art *Exempel* (S. 57) ist an Venezuela statuiert worden?

285 — *Bei diesem Exempel spielten Fakten keine Rolle: Bei der Stilisierung Maduros als Kopf eines Drogenkartells oder eines Kriegsverbrechers, der für die amerikanischen Drogentoten verantwortlich ist, wird z.B. darüber hinweggesehen, dass von Venezuela hauptsächlich Kokain zum größten Teil nach Europa verschifft wird. Auf den Wahrheitsgehalt kommt es genauso wenig an, wenn Millionen Venezolaner, die aus ihrem Elend in die USA fliehen, umgemünzt werden zu Sleeper-Agenten etc., die Amerika von innen heraus zerstören wollen. Solche Konstrukte passen eben zum an Venezuela zu statuierenden Exempel.*

290 — *Das Exempel besteht darin, dass die USA direkt intervenieren, den Amerikagegner Maduro verhaften und nicht – wie bisher – mit massivem wirtschaftlichem Druck (Kreditstreichung/Sanktionen) die amerikafeindliche Politik der Regierung bestrafen. Dass der Fall Venezuela von den USA strafrechtlich als innenpolitische Angelegenheit behandelt wird, also Maduro mit den angesprochenen Konstruktionen zum Drogenverbrecher erklärt und gefangen genommen wird, ist ohne Beispiel in der Vergangenheit.*

— *Der vorgeführte Maduro unterstreicht den Anspruch der USA, in Lateinamerika schalten und walten zu können wie sie wollen.*

300 Die erste Abteilung ist die Art und Weise, wie Venezuela als für die USA untragbar zurecht definiert wird: Der Staatschef ist ein Drogenboss = Verbrecher; Venezuela hat sich des Verbrechens schuldig gemacht, die Flüchtlinge nach Amerika geschickt zu haben; Venezuela hat sich an Amerika vergangen, indem es sein Öl in eigene Regie genommen und amerikanische Konzerne enteignet hat; und es hat gedeihliche Beziehungen mit China aufgenommen. Diese Aufbereitung des Landes und seines Staatschefs ist ein einziger
305 Ausweis dessen, dass hier die amerikanische Dominanz nicht mehr in ausreichender Weise gegeben ist. Die ist unbedingt wieder neu herzustellen. Wie das dann passiert, wäre die zweite Abteilung.

Amerika beansprucht die politische Herrschaft über die ökonomischen Grundlagen Venezuelas als exklusivem Besitzstand der USA und richtet sich damit zugleich gegen alle
310 anderen imperialistischen Ansprüche auf dieses Land. Dies ist gemeint mit dem Vorwurf, Venezuela ließe sich von fremden Mächten instrumentalisieren, wobei in erster Linie China, der Hauptkonkurrent der USA, im Blick ist. So etwas darf es im Hinterhof Amerikas nicht geben.

— *Die neue US-Regierung sortiert den ganzen südamerikanischen Kontinent entsprechend dem, wie explizit antiamerikanisch sich die verschiedenen Staaten aufstellen bzw. wie weit sie mit den definierten Feinden Amerikas kooperieren, was zu ihrer unterschiedlichen Behandlung durch die USA führt (z.B. Brasilien im Unterschied zu Venezuela oder Kuba).*

— *Jeder Versuch eines lateinamerikanischen Staates, aus den Reichtümern, über die er verfügt, überhaupt etwas für die eigene Nation zu machen, ist so ein Ausscheren aus der amerikanischen Dominanz.*

Es geht da um Staaten, die das nationale Programm verfolgen, aus ihren Staaten etwas machen zu wollen unter Berufung auf das eigene Volk. Angesichts des amerikanischen Anspruchs, die dominierende Macht zu sein, an der die anderen Staaten ihre Politik
325 auszurichten haben, ist ein nationaler Aufbruch von deren Seite *das Amerikafeindliche*. Und das bekommen die Staaten zu spüren durch Drohungen oder wie z.B. Venezuela durch umfangreiche Sanktionen. Das ist der Ausgangspunkt dafür, dass Staaten, um sich zu behaupten, nach Alternativen Ausschau halten. Im Fall Venezuela ist China zu dessen bedeutendem Handelspartner aufgestiegen darüber, dass Amerika kein venezolanisches Öl
330 mehr abgenommen hat und auch andere Länder daran gehindert hat. Sich im nationalen Interesse von Amerika zu emanzipieren, sich von dessen Vorgaben unabhängig zu machen, ist das Verbrechen. *Darin* besteht die Amerikafeindschaft dieser Staaten und nicht etwa darin, dass sie Amerika bekämpfen oder ihm Schranken setzen würden.

Also: Nicht Venezuela hat die Öllieferungen an die USA und die Zusammenarbeit mit
335 amerikanischen Ölkonzernen aufgekündigt. Es hatte als neue Bedingung für Geschäfte mit diesen Konzernen gesetzt, dass sie als Jointventures stattfinden. Der venezolanische Staat wollte sich Einfluss darauf verschaffen, dass die Einnahmen aus dem Ölgeschäft im Sinne seines nationalen Aufbauprogramms verwendet werden. Dafür sollten die amerikanischen Konzerne auch weiter im Land bleiben, weshalb die auch nicht einfach enteignet sondern
340 entschädigt wurden. Über die Höhe der Entschädigungen kam es zum Streit und in der Folge zu der amerikanischen Entscheidung, dass die US-Konzerne sich aus Venezuela zurückziehen müssen und die USA kein venezolanisches Öl mehr abnehmen.

Das ist ein Fall der von den USA auch schon vor Trump beanspruchten exklusiven Bestimmungsmacht darüber, wie ein Staat wie Venezuela seine Souveränität – in diesem Fall
345 im Umgang mit amerikanischen Konzernen – gebraucht. Gegen diesen Anspruch verstößt es, wie Maduro und Chavez ihre Souveränität praktiziert haben: Sie wollten die nationale Erdölwirtschaft anders betreiben, als Amerika das im Interesse seiner Ölkonzerne haben wollte. Und deshalb waren Sanktionen fällig, also das Geltendmachen der übergeordneten amerikanischen Macht über die venezolanische Souveränität.

Diese Dominanz über die Souveräne vor Ort beansprucht Amerika exklusiv für sich, dieser Anspruch ist unteilbar. Das sieht Trump von seinen Vorgängern vernachlässigt. So sind die venezolanischen Geschäfte mit China ein einziger Verstoß gegen das Dominanz-Gebot der
350 USA.

*

— *Im Artikel steht, dass die USA sich dabei nicht als Mutterland von Kolonien sehen; in der Sache aber ist das doch so etwas ähnliches, wenn sie den exklusiven Zugriff darauf reklamieren, welche Geschäfte in so einem Land zugelassen sind.*

— Beim kolonialen Imperialismus werden in den Kolonien Statthalter aus den Herrenländern eingesetzt, die vor Ort das Land beaufsichtigen, kontrollieren und Rohstoffe abziehen. Die USA aber greifen von Fall zu Fall ein, sägen mal ein Staatsoberhaupt ab und erteilen den lokalen Regierungen Aufträge, so wie jetzt der Nachfolgerin Maduros. Statthalter aus dem Mutterland selber werden aber nicht entsandt.

— Die Amerikaner ersparen sich so die dauernden Kosten für die Verwaltung, die sie diesen Staaten ja selber überlassen.

Es ist eben schon eine andere Form von exklusivem Besitzstand, den die USA aktuell beanspruchen: Sie machen sich nicht selber zum Souverän eines Landes, verlangen aber vom jeweiligen Souverän seine Unterordnung unter amerikanische Interessen, die bedient werden sollen. Dabei sollen diese Staaten die von Amerika für sich beanspruchte Überordnung auch anerkennen und entsprechend handeln.

— Aus dem Trump-Zitat (S. 60 u.) geht aber doch klar hervor, dass es die USA sind, die über das beschlagnahmte Öl bestimmen; Venezuela hat da nichts zu sagen.

Es ist eben auch ein in sich widersprüchlicher Anspruch der USA an die anderen Staaten: Die USA sprechen einerseits diese anderen Staatsgewalten als Machthaber an, die über ihr Land und ihre Leute verfügen. Zugleich lassen sie aber deren Souveränität nicht uneingeschränkt gelten, stellen sie unter den amerikanischen Vorbehalt, ob das, was die Gewalthaber vor Ort über Land und Leute verfügen, dem entspricht, was Amerika von diesem Land und seiner Herrschaft will. Genau dieses Verhältnis wird eingeklagt: Im Fall Venezuela sollte Maduro anerkennen, dass er in Venezuela nur Herrscher ist, wenn er sich zu eigen macht, was Amerika ihm vorgibt. Für Amerika ist klar, dass die venezolanische Souveränität nur soweit reicht, wie sie im Interesse Amerikas ausgeübt wird. Maduro aber hat auf der Souveränität Venezuelas unter seiner Herrschaft bestanden, er wollte nicht kapitulieren, und hat dafür in den Vorverhandlungen schon weitestgehende Zugeständnisse an die USA gemacht, dass amerikanische Firmen wieder am venezolanischen Öl exklusiv verdienen sollten. Das hat den USA offensichtlich nicht gereicht und dazu geführt, dass sich Amerika gegen Venezuela aufgestellt hat: Bei so unwilligen Souveränen bleibt es nicht bei den Erpressungen mit Sanktionen und anderen Hindernissen. Die Politik gegenüber Venezuela war auch die Beweisführung dafür, dass so ein Land gar nicht anders kann, als sich den USA unterzuordnen. Dafür war der aufwändige militärische Aufmarsch nötig, der Beschuss von Fischerbooten, die Beschlagnahmung von Öl, bis hin zur letzten Demonstration mit der Aktion, den Staatschef Maduro als Verbrecher abzuführen.

Bei einer Kolonie müsste man das Land erobern und der eigenen Verwaltung unterstellen. Den USA geht es aber darum, dass die Souveränität vor Ort das Unterordnungsverhältnis respektiert und entsprechend im amerikanischen Interesse das Land regiert.

— Deshalb hat Trump in Venezuela nicht die Opposition an die Macht gebracht, sondern Maduros Stellvertreterin, die mit der im Staat verankerten Administration die Kontrolle über den Staat ausüben kann, also auch im Sinne Amerikas regieren kann.

Bemerkenswert ist das deshalb, weil das Urteil der USA zuerst war, mit Maduro könne es keinesfalls weiter gehen, sie sich dann aber mit dessen Stellvertreterin arrangiert haben. Trump wollte den Nachweis führen: Wenn ein souveräner Herrscher nicht in letzter Konsequenz akzeptiert, dass seine Herrschaft nur soweit reicht, wie es Amerika gefällt und zulässt, dann hat er seinen Anspruch auf Souveränität verwirkt mit der Konsequenz, dass er als Souverän beseitigt wird.

Maduros Vergehen bei den Verhandlungen mit den USA war, dass er mit dem Standpunkt angetreten ist, dass er dabei Konzessionen als Präsident von Venezuela macht. Sein Beharren darauf ist ihm zum Verhängnis geworden.

Entsprechend hat die Eskalation gegen Venezuela dann ausgesehen.

*

Der nächste Jour fixe findet am **15. Juni 2026** statt. Weiter geht es mit der Fortsetzung des Artikels nochmal ab S. 59 „Krieg – was denn sonst“.